

Deutschsein als Ressource 25.11.2008

BERLIN/WARSCHAU (Eigener Bericht) - Millionensummen stellt die Bundesregierung für Einflussmaßnahmen in Ost- und Südosteuropa bereit. Schwerpunkt der als "kulturell" bezeichneten Aktivitäten ist Polen. Auch der Anspruch auf die deutsche Vergangenheit im Baltikum und im heutigen Tschechien oder Slowenien ist der Bundesregierung bedeutende Mittel wert. Die entsprechenden Gelder hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am vergangenen Donnerstag frei gegeben. Die für 2009 bewilligten Millionensummen werden in dieser Woche vom Parlament bestätigt. Allein für den Erhalt und die "Auswertung deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa" stehen über elf Millionen Euro bereit. Für die "Pflege des Geschichtsbewusstseins" werden 2009 über 57 Millionen Euro eingesetzt, darunter mehrere Millionen für die Erinnerung an das Preußentum (unter anderem "Otto-von-Bismarck-Stiftung"). Die Ausgaben für ein "Einheits- und Freiheitsdenkmal", das auf dem Berliner Schlossplatz an die Feudalzeiten des Deutschen Reiches anknüpfen soll, werden von fünf Millionen auf 15 Millionen Euro verdreifacht. Damit erhält das Denkmal auf dem Sockel einer früheren Kaiser-Statue mehr staatliche Zuwendungen als sämtliche Gedenkstätten, die heute in Deutschland an den NS-Terror erinnern.

Der Haushaltsplan des im Bundeskanzleramt angesiedelten "Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien" listet zahlreiche Institutionen auf, die den Kernbestand der kulturell maskierten "Vertriebenen"-Ansprüche umrahmen. So erhält das "Westpreußische Landesmuseum" 525.000 Euro, das Pommersche Landesmuseum" 610.000 Euro und das "Institut für deutsche Kultur und Geschichte in Nordosteuropa" 1,209 Millionen. Das Institut empfiehlt unter anderem Arbeiten des bekannten Revisionisten Dieter Blumenwitz [1], der auch als "Rechtsextremist" bezeichnet worden ist [2]. Die Finanzierung des in Lüneburg beheimateten Instituts erfolgt zu 100 Prozent aus Steuermitteln.

Historisches Ostdeutschland

Ebenfalls zu 100 Prozent finanzieren die deutschen Steuerzahler das fast namensgleiche "Institut für deutsche Kultur und Geschichte in Südosteuropa". Die aktuelle Ausgabe der Institutszeitschrift beschäftigt sich unter anderem mit dem "Deutschsein als Ressource" - eine Einführung in "Deutsche Kultur und ethnische Selbstverständnis unter karpatendeutschen Jugendlichen". [3] Für Veröffentlichungen dieser Art stellt die Bundesregierung dem Münchener Südosteuropa-Institut Jahr für Jahr über 600.000 Euro zur Verfügung - 2009 mit leichter Steigerung exakt 667.000 Euro. Das "Deutsche Kulturforum östliches Europa", in Potsdam zu Hause, erhält 2009 etwa 100.000 Euro mehr als noch im vergangenen Jahr: 1,56 Millionen. Die Einrichtung kümmert sich um die "Geschichte jener Gebiete im östlichen Europa", in denen nicht nur früher Deutsche lebten, sondern auch "heute noch". [4] Im Potsdamer Vorstand sitzt der Direktor einer "Stiftung Martin-Opitz-Bibliothek", die sich dem "historischen Ostdeutschland" [5] widmet und damit das heutige Polen meint. Diese Aktivitäten sind der Bundesregierung 605.000 Euro wert. Erkleckliche Restmittel kommen aus Nordrhein-Westfalen. Die Aufzählung aus Titel 684 71 des Bundeshaushalts ließe sich noch länger fortsetzen: Adalbert Stifter Verein, Stiftung Kunstforum Ostdeutsche Galerie, Schlesisches Museum, Donaueschwäbisches Zentralmuseum, Siebenbürgisches Museum usw.

Abgelehnt

Außer den Mitteln für das angeblich "heute noch" lebende "Deutschtum" im europäischen Ausland gibt der Bundestag in dieser Woche auch Gelder für verstorbenen Deutsche jenseits der Grenzen frei. Es handelt sich dabei um jene Toten, die in den Uniformen des Kaiserreiches oder der NS-Wehrmacht vor allem in Osteuropa tätig waren und dort großzügige Grabstätten erhalten. Die Ausgaben werden unter anderem aus dem Etat des Außenministeriums bestritten. Die "Leistungen für Deutsche im Ausland" einschließlich der "Umbettung deutscher Kriegstoter" werden in Titelgruppe 05 mit mindestens 7,8 Millionen Euro angegeben. Das Geld fließt an den "Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge", der in seinen "Kriegsgedächtnisstätten" auch SS-Verbrecher und KZ-Massenmörder beherbergt, so den Leiter der "Aktion Reinhardt", Christian Wirth.[6] Während Beteiligte an der "Aktion Reinhardt" mit den bewilligten Steuermitteln beim "Volksbund" zur letzten Ruhe gefunden haben [7], sind die von ihnen ermordeten Menschen dem Bundeshaushalt keine neuen Zuwendungen wert: Ein Antrag auf Förderung des Gedenkens an die in der NS-Zeit deportierten Kinder und Jugendlichen wurde von der Ausschussmehrheit (CDU/CSU und SPD) am vergangenen Donnerstag abgelehnt.[8]

[1] Dieter Blumenwitz: Das Offenhalten der Vermögensfrage in den deutsch-polnischen Beziehungen, Bonn 1992

[2] Süddeutsche Zeitung, 11.05.1996

[3] Florian von Sobeneck: Deutschsein als Ressource. Deutsche Kultur und ethnische Selbstverständnis unter karpatendeutschen Jugendlichen. Spiegelungen, München 2008

[4] Deutsches Kulturforum östliches Europa; www.kulturforum-ome.de

[5] Willkommen in der Martin-Opitz-Bibliothek; www.martin-opitz-bibliothek.de

[6] Während der von Wirth befehligten "Aktion Reinhardt" wurden in den Vernichtungslagern Belzec, Sobibor und Treblinka über zwei Millionen Juden sowie über 50.000 Sinti und Roma ermordet.

[7] s. dazu [Die Leichen des AA](#) , [Abgelehnt](#) , [Grufte der Täter](#) und [Interview mit Eva Watschkow-Schmidt](#)

[8] s. dazu unser EXTRA-Dossier [Elftausend Kinder](#)

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com